

Studie zu Zwangsarbeit in der DDR Der Zwang hatte System

Christian Sachse, Autor der Studie, mit Zeitzeugin Angelika Cholewa (BILD: dpa)

Von Markus Decker

Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen fand nahezu flächendeckend statt. Eine neue Studie arbeitet dieses Kapitel weiter auf.



Genau genommen, ist das Thema Zwangsarbeit von Häftlingen in der DDR zugunsten westlicher Unternehmen ein alter Hut. Schon weit vor dem Fall der Mauer wurde hier und da darüber berichtet. Die Berichte gerieten freilich in Vergessenheit. Im Frühjahr 2012 nahm sich ein schwedischer Fernsehsender der Sache dann erneut an – am Beispiel des Möbelgiganten Ikea, der später eine Art Geständnis ablegen musste. Seither hat das Thema stete Konjunktur, auch wenn es keine wirklich große Aufmerksamkeit findet.

Zunächst ließ der Konzern selbst eine Studie anfertigen – dies allerdings bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und nicht, wie manche forderten, bei einer unabhängigen Instanz wie dem Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Dann folgte die Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde mit einer profunden Arbeit aus der Feder des Wissenschaftlers Tobias Wunschik.

Gestern nun präsentierte die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) eine eigene Untersuchung – mit 120 000 Euro wiederum von dem Möbelbauer finanziert und angeblich ohne dessen Einflussnahme zustande gekommen. Ihr Urheber ist Christian Sachse, ehemals Pfarrer und Bürgerrechtler.

Sachse führte aus, dass Zwangsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht verboten sei. Allerdings dürfe sie nicht politischem Zwang dienen und nicht schikanös sein. Die DDR habe gegen diese Maßgaben offensichtlich verstoßen. Zudem habe es keine scharfe Trennung zwischen Kriminellen und politischen Gefangenen gegeben. Im Gegenteil: Letztere hätten oft die schwersten Arbeiten verrichten müssen.

Arbeitskräftemangel

Die Zahl der Unfälle sei wiederum erheblich gewesen, so Sachse weiter, anfangs auch die der Toten. Und der Anteil der Gefangenen an der DDR-Bevölkerung habe dreimal höher gelegen als in Westdeutschland. Zwischen 12 000 und 50 000 Insassen waren regelmäßig an der Produktion beteiligt. Die Entlohnung betrug drei DDR-Mark pro Tag und Häftling. Die DDR zog mithin einen wirtschaftlichen Nutzen aus ihnen.

Die unter Arbeitskräftemangel leidenden DDR-Betriebe selbst haben denn auch nach Angaben des Studienleiters nach Häftlingen gefragt. Ab 1975 wurde die Verteilung von der Zentralen Plankommission organisiert. Auf westlicher Seite betrieben derweil bis zum Mauerfall 6 000 Unternehmen Geschäfte mit dem zweiten deutschen Staat. Dabei machte der Moderator Andreas Apelt von der Deutschen Gesellschaft e. V. auf den seiner Ansicht nach „besonders perfiden“ Umstand aufmerksam, dass zunächst die Arbeit gen Westen verkauft worden sei und immer öfter auch die Arbeitenden – nämlich in Form des Häftlingsfreikaufs.

Angelika Cholewa, einst Häftling in Halle und dem Frauengefängnis Hoheneck, relativierte indes, dass die Häftlingsarbeit durchaus auch ihr Gutes gehabt habe. Ja, sie habe sie sogar „als Geschenk empfunden“. Die Arbeit habe dem Dasein im Knast eine Struktur gegeben und den Kontakt zu Mithäftlingen ermöglicht. Cholewa nannte sie ein „Heftpflaster auf die wunde Seele“. Daraufhin protestierte ein hörbar traumatisierter Mann aus dem Publikum: „Sie treten uns allen ins Gesicht.“

Wiedergutmachung gefordert

Herbert Schneider, der in Cottbus und Bautzen einsaß und nach Cholewa an der Reihe war, sprach angesichts der Haftzeit von Folter und forderte Wiedergutmachung. Damit konnte sich das aus vielen SED-Opfern bestehende Publikum weitaus besser identifizieren.

Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD), betonte schließlich, dass die Aufarbeitung der DDR auch eine Aufgabe der Westdeutschen und „Verklärung nicht hinnehmbar“ sei. Sie erklärte aber, dass der Begriff Zwangsarbeit eigentlich an den Nationalsozialismus gebunden sei. Auch dieser Hinweis war nicht allen im Auditorium der teilweise chaotischen Veranstaltung recht.

Von den betroffenen West-Unternehmen haben nach den Worten des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, übrigens einige Anträge auf Akteneinsicht gestellt. Sie wollen es wissen. Die meisten aber nicht. Manche kommen aus Ahnungslosigkeit über eigene Verstrickungen auch nicht auf den Gedanken. Immerhin macht das Beispiel Ikea jetzt Schule. Die Deutsche Bahn lässt ihrerseits eine Analyse anfertigen.

Und das ist noch nicht alles: Gleicke hat eine Studie beim Zentrum für Zeithistorische Forschung angestoßen, die nicht zuletzt die Resultate der vorherigen Untersuchungen bündeln soll. Eine weitere Untersuchung soll dem Schicksal Minderjähriger in Heimen der DDR-Jugendhilfe gewidmet sein. Was auch immer man also über das Thema Zwangsarbeit an und für sich denken mag: An Erkenntnissen darüber dürfte bald kein Mangel mehr herrschen.